

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 120408
Telefon: (02221) 21 9038/39
Telex: 08 86 846 ppbn d

Inhalt

Prof. Dr. Hans-Georg Wolters, Staatssekretär im Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit, fordert neue Anstrengungen zur Eindämmung der Rauschgift-Welle.

Seite 1/2

Dr. Klaus von Dohnanyi, Staatsminister im Auswärtigen Amt und Landesvorsitzender der SPD in Rheinland-Pfalz, kritisiert den Stil der politischen Auseinandersetzung in der Bundesrepublik am Beispiel Kernkraft.

Seite 3/4

Egon Lutz MdB kommentiert die Arbeitsmarktdaten des August: Keine allgemeine Arbeitslosigkeit mehr, aber schwerwiegende Spezialprobleme.

Seite 5/6

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (02221) 8 12-1

34. Jahrgang / 169 / 4. September 1979

Besorgniserregende Heroin-Welle:

Neue Formen krimineller Absatztechniken erfordern zusätzliche Anstrengungen

Von Prof. Dr. Hans-Georg Wolters,
Staatssekretär im Bundesministerium für Jugend,
Familie und Gesundheit

Die Bundesrepublik steht im Zeichen einer sich verschärfenden Situation der Drogenszene. Das Problem Nr. 1 ist dabei das Heroin. Eine besorgniserregend steigende Zahl junger Menschen fällt ihm zum Opfer, ohne daß allerdings die Zahl der Drogenabhängigen insgesamt nennenswert steigt. Diese Zahl beträgt nach realistischen Schätzungen etwa 45.000.

In letzter Zeit ist zu beobachten, daß immer größere Mengen von Heroin zu immer niedrigeren Preisen angeboten werden und somit auch der Kauf des "Stoffs" für die Drogenabhängigen wesentlich leichter wird. Eine der Folgen des Heroin-Überangebots sind neue kriminelle Absatztechniken. Jugendliche, die zum Beispiel durch Haschischgenuß ein Interesse an Drogen erkennen lassen (übermäßiger Alkohol- oder Tablettenkonsum sind ebenfalls Anhaltspunkte) werden mit einem kostenlosen "Probeangebot" geködert. Sie wissen oft nicht, daß schon eine einzige Spritze süchtig machen kann. Wer Angst vor der Spritze zeigt, wird auf besonders hinterhältige Art zum "Fixer" gemacht: Dem zukünftigen Abnehmer wird geraten, das Heroin zu schnupfen, da angeblich nur die in die Vene gespritzte Droge süchtig mache - eine gefährliche Falschaussage, da Abhängigkeit auch nach mehrmaligem Schnupfen eintritt.

Auch haben sich die Usancen des Handels geändert. Wurde Heroin früher meist in der sogenannte "Szene" und damit auch der Polizei bekannten Knotenpunkten gehandelt, so hat sich heute der Verkauf in die Fläche, in ländliche Gebiete und bis an die Wohnungstür verlagert. Als Folge dieser Situation stieg die Zahl der Fixer innerhalb weniger Monate um zehn Prozent, blieb danach allerdings nach den vorliegenden Informationen aus den Ländern wieder konstant. Allerdings nahm die Zahl der Drogentodesfälle zu, eine Folge der sehr unterschiedlichen Konzentration des Heroins, durch die tödliche Überdosierungen häufiger vorkommen.

Was ist zu tun? Im engen Zusammenwirken mit den zuständigen Behörden der Länder versucht die Bundesregierung mit ihren Bemühungen so früh wie irgend möglich, also schon im "Vorfeld" der Sucht einzusetzen. Dazu ist es nötig, aus der Masse der Jugendlichen diejenigen herauszufinden, die besonders gefährdet sind. Die Mitarbeit von Eltern, Erziehern, Geistlichen, Jugendpflegern - kurz, allen, die ständig mit Jugendlichen zusammentreffen und - arbeiten - ist dabei eine unerläßliche Voraussetzung. Wir müssen in die Betriebe, in die Diskotheken und Jugendclubs hinein, um die Gefährdeten aufzuspüren - und zwar bevor sie drogensüchtig geworden sind.

Erfolg werden wir dabei jedoch nur haben, wenn die Aufklärung der gesamten Bevölkerung über die Drogengefahr noch mehr verbessert wird, wenn die Gefahr als etwas angesehen wird, das jeden betreffen kann. Dazu gehört auch eine weitergehende Aufklärung an den Schulen. So gibt es von der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung Unterrichtseinheiten für jedes Alter, die an allen Schulen und pädagogischen Hochschulen verteilt werden, so daß jeder Lehrer eine gezielte Aufklärung vom ersten Schuljahr an betreiben kann und sollte.

Es ist wichtig, die Eltern einzubeziehen. Viele Eltern bemerken die Drogenabhängigkeit ihrer Kinder erst dann, wenn "die Karre schon in den Dreck gefahren ist". Mangelndes Wissen bedingt Hilflosigkeit, die Gefahr wird oft völlig verkannt. Statt zur Drogenberatungsstelle wird das Kind dann allenfalls zum Hausarzt geschickt. Viele Eltern meinen auch fälschlicherweise, sie könnten mit dem Problem selbst fertig werden oder geben ihren Kindern sogar das Geld für den täglichen Drogenbedarf, um die als "Schande" empfundene Situation zu verdecken. Ein Faltblatt des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit (der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung), das sich an die Eltern wendet und kostenlos abgegeben wird, warnt eindringlich vor den Gefahren von Heroin, zeigt aber auch, wo Hilfe angeboten wird. Der Staat alleine kann es jedenfalls nicht schaffen, das Drogenproblem in den Griff zu bekommen. Erforderlich ist unbedingt die Mitwirkung der Erziehungsberechtigten ohne falsche Scheu vor den Fachleuten der Beratungsstellen, die es in jeder Stadt und in jedem Landkreis gibt. Die Sicherstellung eines flächen- und bedarfsdeckenden Angebots von entsprechenden Einrichtungen, einschließlich der erforderlichen Therapieplätze in Fachkliniken, liegt im ausschließlichen Zuständigkeitsbereich von Ländern und Gemeinden. Der Bund kann hier lediglich über Modelle helfen und Schrittmacherdienste für Verbesserungen leisten, wie die seit 1971 gemeinsam mit den Ländern durchgeführten Aktionsprogramme mit Erfolg gezeigt haben.

Bei der Behandlung von Drogenabhängigen müssen, sofern sie ihren Sinn nicht verfehlen soll, zwei Voraussetzungen geschaffen sein: Zum einen eine ausreichende Kapazität der Einrichtungen für Entziehungskuren, zum anderen die Einbettung dieser Einrichtungen in eine sogenannte "Therapiekette". Es kann also nicht nur um die rein körperliche Entziehung gehen, vielmehr muß nach einer Entziehungskur im Sinne dieser Therapiekette auch für eine berufliche und soziale Rehabilitation des körperlich nicht mehr Abhängigen gesorgt werden.

Vielleicht ist das "Jahr des Kindes" ein Anlaß, das Problembewußtsein in der Bevölkerung für die Gefahren von Drogen - gleich ob Rauschgift oder Alkohol - zu schärfen. Denn nur die enge Zusammenarbeit aller staatlichen Behörden mit freien und gemeinnützigen Verbänden sowie den Erziehungsberechtigten schafft die Chance, der Probleme Herr zu werden.

(-/4.9.1979.hi/hgs)

+ + +



Der Wahrheit und den Tatsachen gebührt der Vorrang

Kritische Anmerkungen zum Stil der politischen Auseinandersetzung

Von Dr. Klaus von Dohnanyi MdB

Staatsminister im Auswärtigen Amt und Landesvorsitzender der SPD in Rheinland-Pfalz

In letzter Zeit wird immer häufiger von einer Verdrossenheit der Bürger gesprochen, einer Verdrossenheit gegenüber der Politik, gegenüber dem Staat und gegenüber den Parteien. Und in der Tat, wenn man den Ruf der Politiker nach Meinungsbefragungen beurteilt, so ist dieser Ruf in den letzten Jahren eher schlechter, sicherlich nicht besser geworden. Und dies, obwohl die Politik zugleich an Bedeutung für den Bürger zugenommen hat. Die Lage ist also beunruhigend. Auf der einen Seite greifen politische Entscheidungen immer tiefer in das Leben der Bürger ein; und auf der anderen trauen die Bürger offenbar immer weniger ihren Politikern.

Für diese Entwicklung gibt es sicherlich viele Ursachen. Einmal haben die Probleme zugenommen, wie zum Beispiel die Steigerung der Energiekosten. Und in solchen Fällen neigen auch die Bürger leicht dazu, Politiker zu Sündenböcken zu stempeln. Zum anderen werden auch Fehler gemacht. Diese Fehler werden dann auch für die Bürger offensichtlich, zum Beispiel die Konzentration im sozialen Wohnungsbau auf große Wohnblöcke und Wohnklötze. Man hätte das eher wissen können, meinen die Menschen, und sie meinen es wohl zu Recht.

Ich glaube aber, daß das wichtigste Argument wohl im politischen Stil liegt, in der Art und Weise, wie Politiker mit dem Bürger und miteinander umgehen. In der zunehmenden Unsachlichkeit der Diskussion, in der Rechthaberei, in der Einseitigkeit und in den Verdächtigungen, die Politiker häufig gegeneinander aussprechen.

Ein aktuelles Beispiel: die Kernenergie. Die Bundesregierung hat in ihrem Energieprogramm der Kohle den Vorrang eingeräumt, und zwar deswegen, weil wir in Deutschland über die Kohle verfügen, weil wir also hier nicht ohne weiteres abhängig werden können. Und zum anderen auch deswegen, weil die Kernenergie eben doch mit bestimmten Sicherheitsproblemen behaftet ist, zum Beispiel in der Frage der Entsorgung. Inzwischen ist aber auch das Unglück bei dem Kernreaktor in Harrisburg in den Vereinigten Staaten passiert. Die CDU hat uns in den vergangenen Monaten immer wieder gedrängt, wir möchten uns sehr viel deutlicher und sehr viel einseitiger zu Gunsten der Kernenergie entscheiden.



Nach Harrisburg wäre es für die Bürger sicherlich verständlich, wenn die CDU nun sagen würde, wir, die CDU, haben uns geirrt, wir, die CDU, wollen nun gemeinsam mit der Bundesregierung unter den neuen Erkenntnissen von Sicherheiten und Unsicherheiten der Kernenergie eine für die Zukunft unseres Landes gute Energiepolitik machen. Stattdessen wird von der CDU dem Bundeskanzler, der sich mit Gegnern der Kernenergie getroffen hat, vorgeworfen, er habe ein konspiratives Treffen mit Kernenergiegegnern vorgenommen und ihm gewissermaßen unterstellt, er wolle hier Politik hinter dem Rücken der Bürger machen.

Was für ein Unsinn! Der Bürger weiß doch mit seinem klaren Sachverstand, daß der Bundeskanzler in der Lage ist, sich sein eigenes Urteil zu bilden und daß es gut ist, wenn man mit Menschen spricht, die anderer Auffassung sind als man selbst.

Mir scheint, es kommt darauf an, daß wir in der Politik der Wahrheit und den Tatsachen uneingeschränkt den ersten Platz einräumen. Wer sich gegen die Tatsachen stellt, der kann bei den Bürgern nicht glaubwürdig sein. Es kommt zweitens darauf an, daß wir zwar in unseren Überzeugungen eindeutig sind, aber daß wir auch wissen, daß unsere Überzeugungen ein Urteil enthalten, und daß es zu den Tatsachen nicht immer nur ein Urteil gibt, sondern daß man auch verschiedener Meinung sein kann, insbesondere über die Zukunft.

Ich meine weiter, wir müssen klarer machen, daß wir einander zuhören. Wir können nicht die Ohren zustopfen, wenn der andere spricht, und selber schreien. Ich meine schließlich, wir müssen einsichtig sein darin, daß wir selber Fehler machen.

(-/4.9.1979 hi/hgs)

+

+

+



Der Sommer geht, die Kurzarbeiterzahlen fallen

Bemerkungen zu den Arbeitsmarktzahlen des August 79

Von Egon Lutz MdB

Obmann der Arbeitsgruppe Probleme des Arbeitsmarktes der SPD-Bundestagsfraktion

Das Bild des Arbeitsmarktes der Bundesrepublik im Spätsommer 79 ist von drei wichtigen Grundtendenzen geprägt, deren Einfluß sich auch im August fortgesetzt hat. Zum einen brachte die anhaltende konjunkturelle Aufwärtsentwicklung eine generelle Abnahme der Arbeitslosigkeit. Zweitens haben sich saisonale Kräfte mit dem Ende der Sommerpause, zu denen auch das Ende der Schulferien mit hohen Abgängerzahlen gehört, abgezeichnet. Und schließlich traten wieder verstärkt die Benachteiligungen bestimmter Personengruppen am Arbeitsmarkt, vor allem Frauen, Jugendliche und ältere Arbeitnehmer mit besorgniserregender Deutlichkeit hervor. An ihnen fährt der Konjunkturzug mit flotter Fahrt vorbei.

Die Zahl der Arbeitslosen nahm im August um 4.800 oder 0,6 Prozent auf 798.900 ab. Wir hatten damit 125.100 oder 13,5 Prozent weniger Arbeitslose als im August des Vorjahres. Am meisten profitierten die Männer von dieser Entwicklung; ihre Zahl ging von Juli auf August um 3.400, das ist ein ganzes Prozent, auf 346.900 zurück und blieb damit um 18,1 Prozent unter dem Vorjahresstand. Dagegen verharrte die Arbeitslosigkeit der Frauen mit 452.000 nahezu konstant. Im Vergleich zum Vorjahr konnten wir hier einen Rückgang immerhin um 9,7 Prozent verbuchen.

Trotz der rückläufigen Entwicklung der absoluten Arbeitslosenzahlen blieb die gesamte Arbeitslosenquote mit 3,5 Prozent gegenüber dem Vormonat dieselbe. Darin spiegelt sich eine Abnahme der Erwerbspersonen, die vornehmlich bei den Frauen vermutet werden kann. Ihre Quote heißt jetzt 5,1, die ihrer männlichen Kollegen nur 2,4 Prozent.

Der erfreulichste Aspekt der Augustdaten ist das rapide Absinken der Kurzarbeiterzahlen. Hier gab es erneut einen Rückgang gleich um 10.300 auf nur noch 23.100. Das sind sage und schreibe 30,9 Prozent in einem einzigen Monat. Im Vergleich zum



Vorjahr sind damit 101.400 oder 81,5 Prozent wieder in Vollzeitarbeit zurückgekehrt. Nennenswerte Kurzarbeiterzahlen gab es Mitte August nur noch in der Elektrotechnik, im Maschinenbau, im Schiffbau, sowie im Textil- und Bekleidungsgewerbe. Darin zeigt sich am deutlichsten, daß bei anlaufender Konjunktur zunächst auf die Kapazitätsreserven der eigenen Belegschaften zurückgegriffen wird. Ein eindrucksvoller Beweis übrigens für die ausgleichende Funktion innerbetrieblicher Arbeitszeitregelungen.

Weit weniger erfreulich ist, daß die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen unter 20 Jahren noch einmal kräftig anstieg. Insgesamt waren Ende August 71.900 Jugendliche arbeitslos gemeldet. 3.400 oder traurige fünf Prozent mehr als Ende Juli, aber immerhin 22,7 Prozent weniger als vor Jahresfrist. Nahezu zwei Drittel von ihnen waren Mädchen. Ungünstig verlief weiterhin auch die Entwicklung der Arbeitslosen, die 59 Jahre oder älter sind. Ihre Zahl stieg jetzt um 300 auf 60.800 an. Bei dieser Personengruppe wurde sogar der Vorjahresstand im Vergleichsmonat um 10.900 oder 21,9 Prozent überschritten. Die Zahl der arbeitslosen Schwerbehinderten blieb mit 61.900 im Monatsvergleich konstant, im Vergleich zum Vorjahr dagegen wurden 7.100 oder 12,9 Prozent mehr gezählt.

Alles in allem gäbe die Arbeitsmarktentwicklung Anlaß zu erleichtertem Aufatmen, wenn nicht diese konjunkturunabhängige Verschlechterung bei den weniger Leistungsfähigen und weniger gut ausgebildeten zu verzeichnen wäre. Selbst die Sorgenkinder der Arbeitsmarktpolitik, die Teilzeitbeschäftigten und die vielzitierten Büro- und Verwaltungsberufe profitieren von Aufschwung und weisen langsame aber stetige Aufwärtsentwicklungen auf. Nur die ewig Benachteiligten werden von den Marktkräften nicht erfaßt.

Hier hat die Arbeitsmarktpolitik das Feld ihrer Anstrengungen in der hoffentlich langanhaltenden Prosperitätsphase vor sich liegen. Auf diese Arbeitnehmergruppen sind die gesetzgeberischen, die finanziellen und die administrativen Kräfte zu konzentrieren. Wir haben gegenwärtig keine allgemeine Arbeitslosigkeit mehr, die mit globaler Wirtschaftspolitik zu kurieren wäre. Was wir unverändert haben, sind schwerwiegende arbeitsmarktpolitische Probleme, die es mit gezielten Maßnahmen zu lösen gilt.

(-/4.9.1979/ks/hgs)

+ + +

